

LÉGATION DE SUISSE  
WASHINGTON 8, D. C.

*En circulation*

*25.4. 1947*

Den 18. April 1947.

Politischer Bericht  
No.5

Herr Bundesrat,

Der nachstehende Bericht soll die heutige politische Lage in Washington beschreiben:

*reçu  
1.2.47*

Die Hauptkräfte, welche sie herbeigeführt haben, sind weiterhin am Werke. Es steht fest, dass die Griechen- und Türken-Hilfs-Bill, die die Gemüter am meisten beschäftigt, in nächster Zeit von beiden Häusern gutgeheissen werden wird, obgleich die Debatte darüber viel länger und schwieriger würde, als zunächst erwartet worden war.

In meinem letzten, vom 12. März datierten Bericht schrieb ich, dass Staatssekretär Marshall die Wendung, die die Ereignisse in Griechenland kurz vorher genommen hatten, als sehr ernst ansah. Von sehr gutunterrichteter Seite wurde dies seither bestätigt. Darnach bezeichnete Marshall den Beschluss, den die Amerikanische Regierung gefasst, und der dann in der Botschaft Präsident Trumans vom 12. März seinen Niederschlag fand, als "bomb-shell". Er habe beigefügt, als er an seine früheren anderslautenden Erklärungen über Griechenland erinnert wurde, dass eine ganz neue Sachlage geschaffen worden sei. Mein Gewährsmann sagt mir, dass diese neue Beurteilung der internationalen Lage damals nur einigen Leuten in der Regierung und in der Armee bekannt gewesen sei und dass sogar Senator Vandenberg zunächst nichts davon wusste.

Herrn Bundesrat M. Petitpierre,  
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,  
B e r n .





-2-

Von britischer Seite habe ich gehört, dass Bevin während der Ministerkonferenz vom vergangenen November seinen amerikanischen Kollegen wissen liess, die britische Regierung werde sehr wahrscheinlich gezwungen sein, ihre Truppen schon Ende 1946 aus Griechenland zurückzuziehen. Als die amerikanische Regierung nicht positiv auf diesen Fuehler reagierte, sah sie aber von der sofortigen Ausführung dieses Planes ab und verschob sie bis zu dem Zeitpunkt, wo das Schatzamt energisch auf Sparmassnahmen zu drängen begann. Daraus folgt, wie mir scheinen will, eindeutig, dass die amerikanische Regierung schon seit einiger Zeit darüber Bescheid wusste, dass die britische Regierung nicht viel länger in der Lage sein werde, dem griechischen Regime finanzielle und andere Unterstützungen zukommen zu lassen. Durch den Wechsel in der Leitung des Staatsdepartements ist jedoch das Studium dieser Angelegenheit zu kurz gekommen, und so ist zu erklären, dass die Entscheidung dann ganz plötzlich kam.

Die neue Politik ist also nicht, so wie manche es heute haben wollen, wohl durchdacht und von langer Hand vorbereitet worden; sie ist eher ein "bombshell". Dem "bomb-shell" waren Diskussionen darüber vorausgegangen, ob es sich empfehle, die neue Politik sorgfältig vorzubereiten, die Berichte über die Lage in Griechenland, die damals in Vorbereitung waren, abzuwarten (FAO und Porter-Berichte) und die amerikanische öffentliche Meinung langsam und mit



-3-

Umsicht auf die Verpflichtungen vorzubereiten, die Amerika auf sich zu nehmen haben würde, oder aber, ob es besser sei, sie mit einer Art *Fait accompli* zu überraschen. Die Meinungen waren geteilt. Bei solchen Diskussionen, zu denen das Staatsdepartement, das Weisse Haus und die Verteidigungsministerien ihre Vertreter entsenden, zeigt es sich immer wieder, dass die leitenden Regierungsstellen dem amerikanischen Volk nicht genügend politische Reife zutrauen, um ihm gestützt auf sachliche Informationen und nackte Tatsachen die Übernahme von Pflichten akzeptabel zu machen. In entscheidenden Dingen neigen die meisten zur Annahme, dass man dem Volke irgend eine Gefahr an die Wand malen müsse, und dass nur eine emotionell aufgezugene Kampagne zum Ziele führen könne. Nun lag aber ausserdem dem Staatssekretär einiges daran, den Kongress noch während seines Aufenthaltes in Moskau zur Verabschiedung der Griechen- und Türkenbill zu bringen, und damit ist der Ton, den die Presse und die Befürworter der Bill auf dem Capitol von Anfang an anschlugen, zu erklären.

Ich möchte hier einfügen, dass nahmhafte amerikanische Journalisten, die in der Presse alles tun, um die Annahme der Bill zu beschleunigen, mit der Methode, zu der die Regierung Zuflucht genommen hat, durchaus nicht einverstanden sind, vielmehr sie scharf kritisieren. Walter Lippmann zum Beispiel, der in der Unterstützung, die er der neuen Politik zukommen lässt, bedeutend weitergeht, als er in privatem Gespräche als gegeben ansieht, lässt es sich immerhin nicht nehmen, bei jeder Gelegenheit zu schreiben, dass die "Truman Doktrin" keine Doktrin sei. Was er damit sagen will ist, dass sie nicht reiflich



-4-

durchdacht, nicht umsichtig vorbereitet worden sei, und dass die amerikanische Regierung ihre Auswirkungen nicht so abgewogen habe, wie viele ausländische Beobachter glauben, und wie sie es hätte tun sollen. Andere, die gleich ihm der Griechen- und Türkenhilfe das Wort reden, sind in privaten Gesprächen noch kritischer; sie befürchten auf Grund ihrer Erfahrungen, dass die Art und Weise, wie sie dem Volke plausibel gemacht werde, nicht genüge, um für den neuen Kurs die allgemeine dauernde Zustimmung des Landes zu sichern.

Die grosse Majorität, mit welcher die von Präsident Truman gewünschte Massnahmen angenommen werden wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weithin im Volke Bedenken und Zweifel an deren Richtigkeit bestehen.

Die leidenschaftliche Opposition von Henry Wallace kommt von seiner Ueberzeugung, dass Amerika im Begriffe sei, den alten Weg des Imperialismus einzuschlagen, welcher mit Sicherheit früher oder später zu einem neuen Weltkrieg führen werde.

Die Auswirkungen seiner Kampagne, die sobald er aus Europa zurückkehrt, überall hier im Lande fortgesetzt werden soll, bleiben abzuwarten. Dass die Befürworter des neuen Kurses sie fürchten, geht aus der Nervosität und der Heftigkeit ihrer Angriffe auf die Person von Wallace hervor. Wegen nichts regen sich die praktischen Amerikaner denn doch nicht so auf.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

*Auggenmann*